

Änderungsantrag

der Gruppe der PDS

zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 13/4587, 13/4718, 13/5606 –

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (AAÜG-Änderungsgesetz – AAÜG-ÄndG)

Der Bundestag wolle beschließen:

In Artikel 6 „Übergangsvorschriften“ wird nach Satz 1 folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„Die Renten für alle Ansprüche zwischen dem 1. Januar 1992 und dem 31. Dezember 1995 sind ebenfalls neu festzustellen und die sich ergebenden Differenzen zur bereits gezahlten Rente nachzuzahlen.“

Bonn, den 26. September 1996

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Die vorliegende Änderung des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes soll rückwirkend erfolgen.

